



Nr. 30

17. August 2016

## Inhalt

[Neue Stellen im öffentlichen Dienst - Dauderstädt: Personalausstattung weiterhin unzureichend+++](#)  
[Dauderstädt fordert mehr Wertschätzung für Beamte in Europa+++](#)  
[Tarifeinigung Kommunalen Nahverkehr Bayern - dbb: Ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann+++](#)  
[Öffentlicher Dienst des Bundes: Frauen und Teilzeitkräfte bei Beurteilungen benachteiligt+++](#)  
[dbb-Forderung erfüllt: Renteneinheit endlich absehbar+++](#)  
[Internationaler Tag der Jugend - Kothe: Zeit für Änderungen im Wahlrecht in ganz Europa+++](#)  
[Flexibler Übergang in den Ruhestand: Rahmenbedingungen weiter verbessern+++](#)  
[BGH-Beschluss zur Patientenverfügung - Kein Grund zur Panik+++](#)  
[100 Tage Öffentlichkeitskampagne www.angegriffen.info - die Jugend übergibt die Ergebnisse dem Bundesinnenministerium+++](#)  
[dbb bundessenorenvertretung zur Aufstockung der Mütterrente und Rente mit 69: Testballons im Sommerloch oder ernst gemeinte Vorschläge?+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[dbb brandenburg: Eintritt in die Entgeltordnung für Lehrkräfte mit vielen Problemen+++](#)  
[dbb-sachsen anhalt: dbb Landeschef zur Bundeswehr im Inneren: „politische Ohnmachtserklärung“+++](#)  
[Weselsky: Bekenntnis zur Schiene fehlt+++](#)  
[Steuereinnahmen: Steuerprüfer in NRW treiben 6,3 Milliarden Euro ein+++](#)  
[Durchbruch bei der Saarbahn+++](#)  
[Führungskräftekongress 2016 - Berufliche Schulen 4.0+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Neue Stellen im öffentlichen Dienst - Dauderstädt: Personalausstattung weiterhin unzureichend

(dbb) Obwohl bei Bund, Ländern und Gemeinden in jüngster Zeit viele Stellen geschaffen – oder zumindest angekündigt - worden sind, bleibt die fehlende Personalausstattung aus Sicht des dbb eines der Hauptprobleme des öffentlichen Dienstes in Deutschland. Gegenüber dem Handelsblatt (Ausgabe vom 11. August 2016) wies der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt erneut darauf hin, dass der allgemeine Personalmangel beim Staat nicht erst durch die Flüchtlingssituation entstanden ist, sondern als Konsequenz aus einer über lange Zeit verfehlten Personal- und Sparpolitik.

„Die Funktionsfähigkeit des Staates wird deshalb aktuell auf eine harte Probe gestellt,“ so Dauderstädt. Trotz einiger Personalverstärkungen würden bei Polizei, Schule und Verwaltung weiterhin Millionen Überstunden gemacht, ohne dass auch nur klar wäre, wie und ob diese jemals abgebaut werden könnten. Eine Abfrage des Handelsblatts bei Bund und Ländern hatte ergeben, dass allein im Länderbereich in den vergangenen 12 Monaten 24 000

neue Stellen geschaffen worden seien, bei der Bundespolizei waren es 3 000. Die mit Abstand meisten neuen Arbeitsplätze in den Ländern entstanden an Schulen, es folgen die Landespolizeibehörden, die Landesverwaltung und die Justiz. Seit 1995 sei die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zuvor allerdings um 13 Prozent von 5,3 auf 4,6 Millionen zurückgegangen.

(01/30/16)

## Dauderstädt fordert mehr Wertschätzung für Beamte in Europa

(dbb) „In der Vergangenheit hat die politische Klasse in den EU-Staaten für die europäische Integration gestanden und diese auch vorangetrieben. Die heute politisch Verantwortlichen steuern Europa mehr schlecht als recht, was die Krisen verlängert und weiter anheizt,“ kritisierte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 16. August 2016 in Berlin. Kontinuität und Verlässlichkeit, auch in Fragen der europäischen Zusammenarbeit, sieht der dbb Bundesvorsitzende dagegen bei den öffentlichen Verwaltungen und ihren Mitarbeitern.

Dauderstädt bemängelt die fehlende Geschlossenheit der EU-Regierungen, die Herausforderungen der Zeit gemeinsam in der Union zu bestehen. „Dabei verfügen die Regierungen über europäisch vernetzte Verwaltungen, die in der Regel gut aufgestellt sind, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zukunftsweisende politische Entscheidungen umzusetzen.“ Der dbb Bundesvorsitzende sieht die Notwendigkeit von mehr grenzüberschreitender Kooperation. „Nicht nur die Mehrheit der Menschen wünscht sich mehr Behördenzusammenarbeit, zum Beispiel auf so elementaren Feldern wie der inneren und der äußeren Sicherheit. Auch die öffentlich Bediensteten und ihre Gewerkschaften sehen klar den Nutzen gemeinschaftlichen Handelns.“

„Umfragen zeigen recht deutlich, dass viele Menschen unzufrieden mit der EU in ihrem gegenwärtigen Zustand sind, mit kleinteiligen Detailregelungen aus Brüssel, dass sie gleichzeitig aber zur Lösung der großen Fragen unserer Zeit mehr europäische Zusammenarbeit wünschen“, so Dauderstädt. „Der öffentliche Dienst kann genau das leisten, wenn er nicht weiter als Sparobjekt gesehen und so in seiner Leistungsfähigkeit geschwächt wird.“ In vielen EU-Staaten sei der Druck auf die Beamtenschaft in den Krisenjahren besonders groß gewesen. „Das muss ein Ende haben“, fordert Dauderstädt. „Die öffentlich Bediensteten in unseren europäischen rechtsstaatlichen Demokratien stehen für Stabilität, Gerechtigkeit und Sicherheit im Wandel.“

(02/30/16)

## Tarifeinigung Kommunaler Nahverkehr Bayern - dbb: Ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann

(dbb) Am 11. August 2016 haben sich der dbb und der Kommunale Arbeitgeberverband Bayern (KAV Bayern) nach langen und schwierigen Verhandlungen in München auf einen neuen Tarifvertrag Nahverkehrsbetriebe Bayern (TV-N Bayern) geeinigt. „Das ist ein gutes Ergebnis, das sich sehen lassen kann,“ kommentierte die dbb-Verhandlungsführerin Anke Stier den Abschluss. „Für alle Beschäftigten haben wir eine lineare Entgelterhöhung von tabellenwirksamen 4,75 Prozent erreicht und die Abschaffung der Entgeltgruppe F. Es gilt nun, die Entgeltgruppe 3b in allen bayerischen Nahverkehrsunternehmen zur Anwendung zu bringen. Einige unserer Forderungen, wie z. B. Verbesserungen bei der Arbeitszeit, konnten wir in dieser Tarifrunde noch nicht durchsetzen. Das Thema Arbeitszeit bleibt auf unserer Agenda!“

Die Hauptpunkte des Verhandlungsergebnisses:

1. Erhöhung der Entgelte ab dem 1. Juni 2016 bis zum 30. April 2017 um 2,4 Prozent und ab dem 1. Mai 2017 bis zum 31. Mai 2018 um weitere 2,35 Prozent
2. Entsprechende Dynamisierung der Schicht- und Wechselschichtzulagen
3. Laufzeit: 24 Monate
4. Abschaffung der Entgeltgruppe F und Überleitung der Fahrdienstbeschäftigten in eine neue EG 3a unter Mitnahme der individuellen Stufe und Stufenlaufzeit zum 1. Juni 2016
5. Einführung einer neuen EG 3b für die Fahrdienstbeschäftigten in den Ballungszentren München, Nürnberg, Erlangen und Fürth zum 1. Juni 2016
6. Erhöhung der EG 4 Stufe 1 um 40 Euro
7. Erhöhung der Entgelte für Auszubildende ab dem 1. Juni 2016 um 35 Euro und ab dem 1. Mai 2017 um 30 Euro inkl. 30 Tage Urlaub (03/30/16)

## Öffentlicher Dienst des Bundes: Frauen und Teilzeitkräfte bei Beurteilungen benachteiligt

(dbb) Die dbb bundesfrauenvertretung sieht die Gefahr der Benachteiligung von Frauen und Teilzeitkräften bei der dienstlichen Beurteilung im Bundesdienst. Die Bundesregierung hatte dies in einer Antwort (18/9357) auf eine kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (18/9254) zur gendergerechten Leistungsbeurteilung im Bundesdienst verneint.

„Wir beobachten in unserer Personalratsarbeit sehr wohl, dass Teilzeitbeschäftigte im Vergleich zu Vollzeitbeschäftigten auffallend schlechter beurteilt und seltener befördert werden“, widersprach die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung Helene Wildfeuer am 16. August 2016 in Berlin. Das habe auch der vor kurzem veröffentlichte Gleichstellungsindex der Bundesregierung bestätigt. „Gerade deshalb können wir die Darstellung der Bundesregierung in diesem Punkt nicht nachvollziehen.“

Zwar stimmt Wildfeuer grundsätzlich mit der Bundesregierung darin überein, dass das Beurteilungssystem im öffentlichen Bundesdienst „sachdienlich“ ist und erhalten werden soll. Damit jedoch ein „aussagefähiges Bild über die Eignung, Befähigung und fachliche Leistung“ der einzelnen Beschäftigten erstellt werden kann, muss der zugrundeliegende einheitlichen Beurteilungsmaßstab modernisiert werden.

Wildfeuer: „Seit langem fordern wir Nachbesserungen. Gemeinsam mit dem dbb haben wir deshalb eine Initiative für ein diskriminierungsfreies Fortkommen im öffentlichen Dienst gestartet. Uns geht es darum, die Beurteilungskriterien so zu gestalten, dass sie gendergerecht sind und damit auch tatsächlich vergleichbar werden.“ Vor allem Führungskräfte müssten künftig stärker in die Pflicht genommen werden. „Gleichstellungsförderung muss als entscheidendes Leistungskriterium für Personalverantwortliche verstanden werden. Ob Vollzeit, Teilzeit oder Telearbeit, ob männlich oder weiblich – alle Beschäftigten, die überdurchschnittlich gute Leistungen bringen, müssen eine gleichwertige Chance auf Beförderung erhalten.“ (04/30/16)

## dbb-Forderung erfüllt: Renteneinheit endlich absehbar

**(dbb) Die dbb bundesseniorenvertretung hat am 4. August 2016 die Pläne der Bundesarbeitsministerin zur Anhebung der Ost-Renten auf Westniveau begrüßt.**

„Die Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern haben lange genug gewartet; es ist überfällig, dass die Ostrenten auf das Westniveau angehoben werden“, erklärte der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Wolfgang Speck, zu den Vorschlägen der Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles. Danach sollen in zwei Schritten zum 1. Januar 2018 und abschließend zum 1. Januar 2020 alle Rechengrößen in der Rentenversicherung auf das Westniveau steigen.

„Die Pläne liegen auf dem Tisch. Jetzt muss die Bundesregierung auch liefern. In einer Zeit, in der die Steuereinnahmen steigen und der Staat von den Minus-Zinsen profitiert, sollte der Bundesfinanzminister seine Blockadehaltung aufgeben“, so Speck. Dabei dürften aber die jüngeren Menschen nicht vergessen werden. Mit dem Wegfall der Höherwertung der Einkommen im Osten entstünden neue Rentnlücken, die man schließen müsse. Die bisherige Umwertung der Entgelte soll das nach

wie vor bestehende Lohngefälle zwischen Ost und West ausgleichen und ebenfalls in zwei Schritten abgebaut werden.

Die Pläne für ein Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz sähen darüber hinaus keine Regelungen für besondere Personengruppen wie die ehemaligen Beschäftigten von Bahn und Post, im Sozial- Gesundheitswesen oder ehemalige Angehörige der Altersversorgung der Intelligenz vor, die im Rahmen des Rentenüberleitungsprozesses besondere Einschnitte in ihre Altersversorgung hätten hinnehmen müssen. „Die dbb bundesseniorenvertretung wird weiter für die von der Rentenüberleitung besonders benachteiligten Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern kämpfen. So wie es jetzt aussieht, verdient das Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz seinen Namen daher noch nicht“, erklärte der Chef der dbb senioren abschließend.

(05/30/16)

## Internationaler Tag der Jugend - Kothe: Zeit für Änderungen im Wahlrecht in ganz Europa

**(dbb) Die dbb jugend Vorsitzende Sandra Kothe sagte aus Anlass des Internationalen Tags der Jugend am 12. August 2016 in Berlin: „In Europa wird die Zukunft einer ganzen Generation verbaut, wenn die Politik nicht endlich das Ruder herumreißt.“ Laut Europäischem Statistikamt befindet sich jeder fünfte junge Mensch im Alter von 25 bis 29 Jahren in der Europäischen Union weder in Bildung oder Weiterbildung noch in Arbeit. Während die Zahl der so ausgeschlossenen jungen Leute in Deutschland seit 2006 stetig zurückgegangen ist, muss für 18 EU-Staaten ein weiterer Anstieg verzeichnet werden. Aber auch in Deutschland liegt der Anteil arbeitsloser Menschen bis 29 Jahre doppelt so hoch wie die allgemeine Arbeitslosenrate. Kothe warnt vor den politischen Folgen: „Es kann nicht angehen, dass Millionen Europäerinnen und Europäer dauerhaft keinen Platz in der Gesellschaft finden.“ Es sei an der Zeit, über Konsequenzen für das Wahlrecht nachzudenken.**

„Die Älteren zeigen sich allzu oft ignorant gegenüber den Anliegen und berechtigten Interessen junger Menschen“, erklärte Kothe. So stehe beispielsweise das Brexit-Referendum, bei dem die Jüngeren von den Älteren überstimmt wurden, symbolisch für den Ausschluss einer ganzen Generation. „Das britische Referendum war allerdings nur die Spitze des Eisbergs, und es ist bezeichnend, dass es zunächst Falschmeldungen gab, die Jugend sei der Abstimmung ferngeblieben.“ Kothe befürchtet angesichts der bis auf wenige Aus-

nahmen in ganz Europa zu beobachtenden Bevölkerungsalterung, dass die Jugend künftig immer öfter majorisiert, also überstimmt werden wird.

„Vielleicht ist es an der Zeit, über eine Stimmgewichtung bei Wahlen nachzudenken, damit die Jüngeren überhaupt noch Einfluss auf Zukunftsentscheidungen haben“, so die dbb jugend Vorsitzende. Es sei Zeit für Änderungen im Wahlrecht in ganz Europa.

Kothe ist sich sicher, dass die Perspektiven der Jugend entscheidend für die Zukunft der Europäischen Union sein werden. „Wird die EU in sich erstarren, zu keinen Neuerungen mehr fähig sein und sich allmählich auflösen, oder unternehmen wir mutige Schritte hin zu einer innovativeren, offenen und solidarischen europäischen Gesellschaft?“ Es gebe 90 Millionen junge Frauen und Männer in Europa. „Die Art

und Weise, wie sie ins Leben starten, wieviel Raum ihnen die Gesellschaft gibt, entscheidet über die Antwort auf die Frage nach Europas Zukunft.“ Die Jugend ist nicht das Problem, sondern die Lösung. Sie verdient mehr Wertschätzung. Das Ringen um gemeinsame europäische Wege aus der Krise muss genau hier ansetzen.“  
(06/30/16)

## **Flexibler Übergang in den Ruhestand: Rahmenbedingungen weiter verbessern**

**(dbb) Anlässlich einer Verbändeanhörung zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand und zur Stärkung von Prävention und Rehabilitation im Erwerbsleben am 15. August 2016 im Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat der dbb einen Ausbau der Flexibilität beim Übergang in das Rentenalter ausdrücklich begrüßt. „Die auf die Arbeitswelt bezogenen Rahmenbedingungen müssen allerdings so gestaltet werden, dass ein freiwilliges Weiterarbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus überhaupt möglich ist“, sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach. „Während die Verbesserungen im Bereich der Rehabilitation und Prävention in die richtige Richtung gehen, erscheinen die Regelungen beim Hinzuverdienst zu kompliziert“.**

Bei den Erwerbsminderungsrenten sieht der dbb weiterhin dringenden Handlungsbedarf. Die derzeitigen Abschläge müssten ebenso überdacht werden wie eine weitere Verlängerung der Zurechnungszeiten. „Mit den bereits im RV-Leistungsverbesserungsgesetz enthaltenen Maßnahmen wurde ein Weg begonnen, der nun konsequent weitergegangen werden muss“, betonte Silberbach. Im Hinblick auf die vorgesehene Neuregelung der Versicherungspflicht von Rentenbeziehern hat der dbb moniert, dass die während der Rentenphase geleisteten Rentenbeiträge nur dann dem Rentenbezieher zu Gute kommen, wenn dieser selbst ebenfalls entsprechende Beiträge entrichtet. Bisher waren nur vom Arbeitgeber Beiträge zu entrichten, die dann jedoch in den allgemeinen Rententopf flossen, ohne die Renten des Betroffenen zu erhöhen. Der dbb präferiert ein auf Freiwilligkeit des Arbeitnehmers beruhendes Modell, in dem die Beiträge -

unabhängig von wem sie entrichtet werden - individuell gutgeschrieben werden.

Auch der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung Wolfgang Speck begrüßte anlässlich der Anhörung grundsätzlich die Möglichkeit eines flexiblen Renteneintritts. Allerdings dürfe die Weiterarbeit nach Erreichen der Regelaltersgrenze nicht erzwungen werden, beispielsweise durch eine zu niedrige Rentenhöhe. Sowohl der gleitende Übergang in den Ruhestand als auch die Sicherstellung eines auskömmlichen Alterseinkommens müssten Ziele einer zukunftsorientierten Rentenpolitik sein, erklärte Speck.

Das Bundeskabinett wird voraussichtlich am 14. September über den Entwurf beraten. Ziel sei es, das Gesetzgebungsverfahren bis zum Ende dieses Jahres abzuschließen.  
(07/30/16)

## **BGH-Beschluss zur Patientenverfügung - Kein Grund zur Panik**

**(dbb) In einem Mitte August 2016 veröffentlichten Beschluss vom 6. Juli hat sich der Bundesgerichtshof (BGH) zu den Anforderungen an den Inhalt von Patientenverfügungen und Vorsorgevollmachten im Hinblick auf einen Abbruch von lebenserhaltenden Maßnahmen geäußert. Er hat ausgeführt, dass eine Patientenverfügung nur dann eine unmittelbare Bindungswirkung für den oder die Bevollmächtigte entfaltet, wenn ihr konkrete Entscheidungen der oder des Betroffenen über die Einwilligung oder Nichteinwilligung in bestimmte ärztliche Maßnahmen entnommen werden könnten. Die dbb bundesseniorenvertretung empfiehlt, die Ruhe zu bewahren und bereits unterschriebene Patientenverfügungen darauf überprüfen zu lassen, ob sie den Anforderungen des BGH entsprechen.**

Konkret ging es um den Abbruch der künstlichen Ernährung einer 75jährigen Frau, die nach einem Schlaganfall und mehreren epileptischen Anfällen zu einer verbalen Kommunikation nicht mehr in der Lage ist. Die Betroffene hatte in den Jahren 2003 und 2011 eine Patientenverfügung unterzeichnet, in der u. a. steht: „Dagegen wünsche ich, dass lebensverlängernde Maßnahmen unterbleiben, wenn medizinisch eindeutig festgestellt ist, dass ich mich unabwendbar im unmittelbaren Sterbeprozess befinde, bei dem jede lebenserhaltende Therapie das Sterben oder Leiden ohne Aussicht auf Besserung verlängern würde, oder dass keine Aussicht auf Wiedererlangung des Bewusstseins besteht, oder dass aufgrund von Krankheit oder Unfall ein schwerer Dauerschaden des Gehirns zurückbleibt, oder dass es zu einem nicht behandelbaren, dauernden Ausfall lebenswichtiger Funktionen meines Körpers kommt.“

Die drei Töchter sind unterschiedlicher Meinung darüber, ob der Abbruch der künstlichen Ernährung dem in der Patientenverfügung geäußerten Willen der Betroffenen entspricht. Hierbei wurde auf das Vorliegen der in der Patientenverfügung an dritter Stelle genannten Behandlungssituation abgestellt. Nach Auffassung des BGH ist die diesbezügliche Formulierung in der Patientenverfügung so unpräzise, dass sie keinen Rückschluss auf den gegen die künstliche Ernährung gerichteten Willen der Betroffenen erlaube. Die Sache wurde zur Ermittlung des mutmaßlichen Willens der Betroffenen, gegebenenfalls durch ihre persönliche Anhörung, an das Landgericht zurückverwiesen. „Es wäre hilfreich gewesen, wenn die BGH-Richter konkret gesagt hätten, welche Formulierungen bestimmt, klar und konkret genug sind“, kommentierte dbb Seniorenchef Wolfgang Speck das Urteil, „dann bliebe besonders den älteren Menschen die Unsicherheit erspart.“  
(08/30/16)

## 100 Tage Öffentlichkeitskampagne [www.angegriffen.info](http://www.angegriffen.info) - die Jugend übergibt die Ergebnisse dem Bundesinnenministerium

**(dbb) Vertreter der dbb jugend nrw sowie die Vorsitzende der dbb jugend (Bund) nutzten die Möglichkeit, am 10.08.2016 die Ergebnisse der Kampagnenseite [www.angegriffen.info](http://www.angegriffen.info) dem zuständigen Leiter des Stabes Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Integration, Ulrich Weinbrenner, im Bundesinnenministerium (BMI) in Berlin vorzustellen und daraus gemeinsam Handlungsbedarf abzuleiten. Um dieses wichtige Thema verstärkt in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen, arbeiten der nordrhein-westfälische Jugendverband und die Bundesjugendleitung eng zusammen.**

Das Herzstück der Kampagne des nordrhein-westfälischen Jugendverbandes ist ein Kummerkasten, bei dem Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst Übergriffe schildern und darstellen können. Seit Beginn der Kampagne am 22.04.2016 konnten über diesen Weg und eigene Recherche mehr als 300 Fälle zusammengetragen werden. „Klar ist- jeder Bereich im öffentlichen Dienst ist betroffen“, führte Markus Klügel, zuständiger Referent der dbb jugend nrw aus: „Der öffentliche Dienst hebt sich dabei trauriger Weise von der Privatwirtschaft ab, denn besonders Uniformen und Eingriffsverwaltungen stellen eine Angriffsfläche für Aggressionen dar.“ Jan Falkenhagen, Beisitzer der nrw-Jugendleitung ergänzt: „Wir sind erschrocken darüber, dass aber auch soziale Berufe wie Krankenpfleger und Krankenschwestern immer häufiger Opfer von Übergriffen werden.“

Die Ergebnisse beeindruckten auch die fünf BMI-Gesprächsteilnehmer, unter ihnen auch MinR Wegend, Leiter des Referates für Grundsatzfragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Integration, sowie Referenten des Referates für Grundsatzangelegenheiten des öffentlichen Dienstes. Weinbrenner bestätigte, dass das Ministerium das Problem erkannt habe. Das Fehlen einer Statistik behindere nicht die Erforderlichkeit zu Handeln. Dennoch strebt die dbb jugend die vollumfängliche Erfassung der physischen und psychischen Übergriffe gegenüber Beschäftigten im öffentlichen Dienst an. Möglich ist dies über die Aufnahme eines gesonderten Statistikpunktes bei der Erfassung von Straftaten. Grundlage dafür ist aber auch die Sensibilisierung der Beschäftigten und Dienstvorgesetzten, jeden Übergriff konsequent zur Anzeige zu bringen. „Wir wollen, dass Beschäftigte diese Übergriffe nicht mehr einfach so hinnehmen und mit

Angst zur Arbeit gehen. Wir zeigen Gewalt die rote Karte“, so die dbbj-Chefin Sandra Kothe. Eine ergänzende Möglichkeit bietet eine Gefährdungsbeurteilung nach dem Aachener Modell. Die Jugendteilnehmer nutzten die Gelegenheit, dieses vorzustellen, und den dazugehörigen Fragebogen zu verteilen.

Konsens bestand zwischen den Gesprächsteilnehmern auch, dass es eine gemeinsame Wertedefinition braucht. Das BMI ist derzeit mit der Entwicklung einer Kampagne beschäftigt, die darstellen soll, welche wichtigen und wert-

vollen Aufgaben Staatsdiener erfüllen und wie sie zu einem sicheren, verlässlichen und funktionierenden gesellschaftlichen Miteinander beitragen. Die dbb jugend wird sich weiter dafür einsetzen, dass das Thema Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst auf der Tagesordnung bleibt und Lösungsvorschläge umgesetzt werden. Für die Belange der Jugend und unserer Mitglieder zieht die dbb jugend-Familie auf allen Ebenen an einem Strang.

(09/30/16)

## **dbb bundessenorenvertretung zur Aufstockung der Mütterrente und Rente mit 69: Testballons im Sommerloch oder ernst gemeinte Vorschläge?**

**(dbb) „Das wäre nur gerecht!“, stellte der Vorsitzende der dbb bundessenorenvertretung, Wolfgang Speck, zum Vorschlag der CSU, Zeiten der Erziehung von vor 1992 geborenen Kindern künftig im Umfang von drei Jahren bei der Rente anzurechnen, fest. Zugleich äußerte er Zweifel, ob dieser Vorschlag tatsächlich ernst gemeint sei.**

Der Chef der dbb Senioren wies darauf hin, dass es für die Unterscheidung zwischen Müttern und Vätern von vor 1992 und nach 1991 geborenen Kindern ohnehin keinen sachlichen Grund gebe. Auch sei dies ein guter Anlass, den 2014 bei der Anrechnung des zweiten Jahres der Kindererziehung gemachten Fehler, diese aus Mitteln der Rentenversicherung zu finanzieren, zu korrigieren. „Die Mütterrente ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss daher aus Steuermitteln finanziert werden!“, so Speck. Außerdem fordert die dbb bundessenorenvertretung die wirkungsgleiche

Übertragung der Mütterrente in das Beamtenversorgungsrecht.

Zur Forderung der Bundesbank, schrittweise bis zum Jahr 2064 das Renteneintrittsalter auf 69 Jahre zu erhöhen, erklärte Speck, er könne nur hoffen, dass der Vorschlag nicht ernst gemeint sei. „Zurzeit vergeht ja kaum ein Tag ohne mehr oder weniger diskussionswürdige Vorschläge zur Rente. Über die Verunsicherung der Menschen muss sich niemand wundern“, stellte der Vorsitzende fest.

(10/30/16)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **dbb brandenburg: Eintritt in die Entgeltordnung für Lehrkräfte mit vielen Problemen**

**(dbb) Mit Abschluss der Tarifverhandlungen zum Tarifvertrag der Länder (TV-L) wurde am 28. März 2015 zwischen TdL und dbb auch der Eintritt in die Lehrerentgeltordnung vereinbart. Für einen Teil der Lehrerinnen und Lehrer ist damit auf Antrag eine Höhergruppierung möglich. Dazu sollten die tarifbeschäftigten Lehrerinnen und Lehrer eine Anfrage an ihr zuständiges Schulamt stellen, um Informationen zu ihrer derzeitigen Eingruppierung zu erhalten und auf dieser Grundlage über eine Antragstellung zu entscheiden.**

Da die Antworten auf die Anfrage zum Teil sehr schleppend oder gar nicht erfolgten, drohte vielen Betroffenen die Nichteinhaltung der Antragsfrist zum 31. Juli 2016. Daraufhin richtete der dbb brandenburg am 01. Juli 2016 an Minister Baaske ein Schreiben, um hier even-

tuell Aufschub oder Fristverlängerung zu erwirken.

Die entsprechende Antwort des Ministers traf jedoch erst am 02. August 2016 beim dbb brandenburg ein. Der Minister teilte mit, „dass die Lehrkräfte den Eintritt in die Entgeltordnung zunächst vorsorglich fristwährend beantragen

können. Damit ist dann Zeit für die Lehrkräfte gewonnen, sich eingehend mit der Thematik zu befassen, um eine eigene Entscheidung zu treffen.“

Durch das verspätete Eintreffen der Antwort nach dem 31. Juli 2016 ist es den Kollegen

mehr möglich, den Ratschlag des Ministers zu nutzen. Wir können also nur hoffen, dass möglichst alle Betroffenen noch vor dem 31. Juli ihre eigene Entscheidung getroffen haben. (11/30/16)

## **dbb-sachsen anhalt: dbb Landeschef zur Bundeswehr im Inneren: „politische Ohnmachtserklärung“**

**Während Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) nach dem Amoklauf in München den Einsatz der Bundeswehr im Inneren bei akuten Terrorlagen bekräftigt hat, lehnt dbb Landeschef Wolfgang Ladebeck den Einsatz der Streitkräfte im Landesinneren ab und fordert die Landesregierung auf, mehr für die innere Sicherheit in Sachsen-Anhalt zu tun.**

„Nachdem die Landesregierung über viele Jahre massiven Raubbau beim Personal betrieben und hunderte Stellen bei der Polizei abgebaut hat, rufen Politiker jetzt nach der Bundeswehr zur Bewältigung von Terrorlagen im Inneren. Das ist eine politische Ohnmachtserklärung“, sagte Ladebeck, der auch Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft ist am 4. August 2016 in Magdeburg. Sachsen-Anhalt sei das Bundesland, das in den letzten Jahren das meiste Personal bei der Polizei abgebaut habe. Dieser Raubbau räche

sich jetzt. „Trotzdem gewährleistet die Polizei in Sachsen-Anhalt ihre Aufgaben. Polizisten sind und bleiben die Profis für die innere Sicherheit“, betont Ladebeck. Um möglichen terroristischen Anschlägen entgegenzuwirken, fordert der dbb Landesvorsitzende ausreichend Personal und eine bessere Ausrüstung: „Bei Terrorlagen sind es die Polizisten, die als erste vor Ort sind. Sie benötigen dringend kugelsichere Helme, bessere ballistische Schutzwesten und gepanzerte Fahrzeuge.“ (12/30/16)

## **Weselsky: Bekenntnis zur Schiene fehlt**

**(dbb) „Was fehlt, ist das Bekenntnis zur Schiene.“ Mit diesen Worten kommentierte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und dbb-Vize Claus Weselsky den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 sowie die Ausbaugesetze für die Bundes-schienen- und Bundesfernstraßen, die das Bundeskabinett am 4. August 2016 beschlossen hat. Lediglich 41,6 Prozent der fast 270 Milliarden Euro gehen an die Schiene, während nahezu die Hälfte der Mittel in Bundesstraßen und Autobahnen fließen.**

Die meisten Staus in Deutschland könnten jedoch beseitigt werden, wenn mehr Verkehr auf die Schiene verlagert wird. Weselsky: „Können die Fahrgäste pünktlich und zuverlässig eng getaktete Züge nutzen, ist auf der Straße freie Fahrt.“ Auch die klimaschädlichen Treibhausgase könnten verringert werden, was schon seit 1990 nicht passiert. Kritisch sieht die GDL deshalb die neu eingeführte Wartekategorie „Potenzieller Bedarf“. 43 strategisch wichtige Schienenprojekte, wie die Realisierung der Befahrbarkeit für 740 Meter-Güterzüge auf den wichtigsten Netzteilen und die Engpassbeseitigung bei zentralen Großknoten im deutschen Schienennetz, werden so auf den St-Nimmerleinstag verschoben. Das gleiche gilt für den absolut wichtigen Deutschland-Takt.

Positiv ist zu bewerten, dass bei der Bahn auf 800 Kilometern Nadelöhre verschwinden und Bestandserhaltung vor Neubau gehen sollen. Dafür sind 69 Prozent des Geldes vorgesehen - nach 56 Prozent im Verkehrswegeplan von 2003. „Die Leuchtturmprojekte müssen beendet und die Schieneninfrastruktur in der Fläche ertüchtigt werden“, so der GDL-Bundesvorsitzende.

Die GDL fordert einen integralen Taktfahrplan mit festen Zeitintervallen. Er erleichtert die Planung und bietet den Kunden ein merkbares und zuverlässiges Angebot, bei dem Nah- und Fernverkehr abgestimmt sind. Außerdem muss die gesamte Infrastruktur mit DB Netz, DB Energie sowie DB Station und Service in ein gemeinnütziges Unternehmen überführt und



somit aus der Pflicht zu Gewinnerzielung herausgenommen werden.

(13/30/16)

## Steuereinnahmen: Steuerprüfer in NRW treiben 6,3 Milliarden Euro ein

**(dbb) Immer wieder versuchen deutsche Betriebe und Einzelpersonen, etwa durch Abschreibungen oder Verlustmeldungen ihre Steuerlast zu drücken - und das im großen Umfang, wie die jährlichen Ergebnisse der Betriebsprüfungen zeigen: Rund 6,3 Milliarden Euro zusätzliche Steuern haben allein die Außenprüfer in Nordrhein-Westfalen (NRW) im vergangenen Jahr festgesetzt, 600 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.**

Um alle deutschen Betriebe regelmäßig untersuchen zu können, fehlen bundesweit 15 000 Betriebsprüfer, sagt Thomas Eigenthaler, Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft und dbb-Vize: "Mittelgroße Betriebe werden im Schnitt nur alle 15 Jahre geprüft, kleine und Kleinstbetriebe sogar nur alle 70 bis 100 Jahre." Jeder Arbeitnehmer und inzwischen auch jeder Rentner müsse jährlich seine Einkünfte gegenüber dem Fiskus offenlegen, während sich mittelgroße Betriebe 14 Jahre lang selbst besteuern und erst im Folgejahr geprüft werden. "Ich empfinde das als Lücke in der Steuergerechtigkeit", so Eigenthaler.

Dabei liegt der Zusammenhang zwischen dem Personaleinsatz der Länder und ihren Ergebnissen auf der Hand: je mehr Prüfer, desto mehr Einnahmen. Und die Finanzbeamten sorgen quasi selbst für ihre Bezüge. Eigenthaler erklärt, dass ein Betriebsprüfer jährlich etwa 75 000 Euro koste - aktives Gehalt, Altersversorgung und Büroausstattung eingerechnet. Durch seine Arbeit kommen allerdings im Bundesdurchschnitt 1,5 Millionen Euro pro Jahr in die Landeskassen.

(14/30/16)

## Durchbruch bei der Saarbahn

**(dbb) „Der Gordische Knoten ist durchschlagen“, so der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und dbb-Vize Claus Weselsky nach dem heutigen 24-stündigen Tarifverhandlungsmarathon mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband Saar (KAV Saar) und der Geschäftsführung der Saarbahn GmbH in Saarbrücken. Nachdem die GDL-Mitglieder in fünf harten Arbeitskämpfen die Weichen richtig gestellt haben, gelang in der 7. Tarifrunde der Abschluss des Flächentarifvertrags für das Zugpersonal (BuRa-ZugTV).**

Das Tabellenentgelt wird mit 95 Prozent an die Marktreferenz angebunden. Bis 2023 wird die Saarbahn 100 Prozent des Marktniveaus erreichen. „Damit ist die Eingliederung des Zugpersonals in den Flächentarifvertrag auch in Saarbrücken vollendet“, so der GDL-Bundesvorsitzende. Darüber hinaus hat die GDL viele Verbesserungen erzielt. So wird stufenweise der Zusatzurlaub für Nacharbeit

in Höhe von vier Minuten pro Stunden eingeführt. Es wird in Zukunft auch keine Unterscheidung mehr bei der Anrechnung von Berufserfahrung innerhalb der Saarbahn geben. „Mit diesem Abschluss hat sich wieder einmal gezeigt, was möglich ist, wenn beide Tarifvertragsparteien intensiv in harten Verhandlungen nach einer Einigung suchen“, so Weselsky.

(15/30/16)

## FührungskräfteKongress 2016 - Berufliche Schulen 4.0

**(dbb) Am 29./30. September 2016 findet in Berlin der „FührungskräfteKongress 2016 - Berufliche Schulen 4.0“ statt. Er wird vom Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen e.V. (BLBS), dem Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen e. V. (VLW) und dem Verband Bildungsmedien e.V. (VBM) veranstaltet.**

Die beiden großen Lehrerverbände für die beruflichen Schulen – der BLBS und der VLW – führen in diesem Jahr ihren zweiten gemeinsamen FührungskräfteKongress in Berlin durch. Damit sollen die Führungskräfte der beruflichen Schulen und jene, die es werden wollen, die Möglichkeit bekommen, im Expertenkreis über die Herausforderungen im Bereich der beruflichen Bildung zu diskutieren. Eugen Straubinger, der Vorsitzende des BLBS, formuliert deshalb: „Es gehört zu den wesentlichen Aufgaben der beiden Verbände, einen Beitrag dafür zu leisten, dass die beruflichen Schulen zukunftsfähig sind.“

Dr. John, einer der beiden Vorsitzenden des VLW, unterstützt diese Position ausdrücklich: „Als große Verbände stehen wir hier in der Pflicht, unsere Mitglieder dabei zu unterstützen, die vielfältigen und breitgestreuten Herausforderungen zu `schultern`. Wir müssen dabei auch die Chancen zur Weiterentwicklung nutzen.“

Um dieses Ziel zu erreichen, sind Schulleitungen, Abteilungsleitungen, Seminar- und Fachleitungen sowie Kolleginnen und Kollegen, die sich für schulische Führungsverantwortung interessieren, eingeladen, um mit Bildungsexperten aus Universitäten und Forschungsinstituten, Vertretern aus Ministerien, Schulverwaltungen sowie der Lehrerfort- und Weiterbildung die aktuellen Herausforderungen aus unterschiedlichen Perspektiven zu diskutieren, um neue Konzepte kennenzulernen und um Erfahrungen auszutauschen oder ganz schlicht zum „updaten“.

Dr. Rehm, Vorsitzende des VLW, weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass dieses Updating für berufliche Schulen unverzichtbar ist. „Wir, die beruflichen Schulen, wollen und müssen immer up to date sein. Das sind wir unseren jungen Menschen, die unsere Schulen besuchen, schuldig. Das sind wir aber auch der Gesellschaft und Wirtschaft schuldig.“ (16/30/16)

## Termine zum Vormerken

### Pressekonferenz

Forsa „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2016“  
23. August 2016

### Wertschätzungskonferenz der dbb jugend

"Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst"  
Berlin, 29. August 2016

### 11. dbb Medienkonferenz

"Reformdruck, Sparzwang, Glaubwürdigkeitsproblem – Ist der Auftrag der Öffentlich-Rechtlichen in Gefahr?"  
Berlin, 19./20. September 2016

### 3. Seniorenpolitische Fachtagung

"Hat der Generationenvertrag eine Zukunft? Alterseinkünfte heute und morgen"  
Berlin, 26. September 2016